Herwig Baum

„Für die Stadt Kiew wird eine ‚Fangaktion' vorbereitet …"

Akteure und Praxis der Zwangsarbeiterrekrutierungen in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs

Die Ukraine als Ausbeutungsobjekt

Die Führung des nationalsozialistischen Deutschland zeigte während der dem Überfall auf die UdSSR vorausgehenden Planungsphase sowie während des schnellen Vormarschs im Sommer 1941 nur wenig Interesse an sowjetischen Arbeitskräften. Stattdessen hatten die enormen materiellen Ressourcen des östlichen Nachbarstaats die Begehrlichkeiten des Regimes geweckt. Vor allem landwirtschaftliche Güter und Energierohstoffe, aber auch kriegswichtige Bergbauprodukte sollten es ermöglichen, eine „blockadefeste", autarke „Großraumwirtschaft"[1] mit Deutschland als Zentrum zu errichten. Die NS-Führung beabsichtigte insbesondere, Nahrungsmittel ohne Rücksicht auf die Einheimischen zu beschlagnahmen. Als Folge sollte viele sowjetische Zivilisten ein Hungerkonzept[2] treffen, das vorsah, „zweifellos zig Millionen Menschen verhungern"[3] zu lassen, wie es auf einer Konferenz zuständiger Staatssekretäre Anfang Mai 1941 unverhohlen ausgesprochen wurde. Im Zentrum der Ausbeutungspolitik stand die ökonomisch besonders bedeutsame Ukraine, die als „Kornkammer" galt, aus der ein Eroberer

1 Vgl. Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 334.

2 Vgl. Alex J. Kay, Germany's Staatssekretäre. Mass Starvation and the Meeting of 2 May 1941, in: Journal of Contemporary History 41 (2006) 4, S. 685–700, hier S. 699.

3 Aktennotiz über das Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa vom 2. 5. 1941, abgedr. in: Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Nuremberg 14 November 1945–1 October 1946, Nuremberg 1948 (IMT), Bd. 31, Dok. 2718–PS, S. 84.

vermeintlich mühelos große Getreidemengen herausholen könne. Hitler selbst hatte sich bereits im August 1939 dahingehend geäußert, dass das Reich dauerhaft verhindern könne, „ausgehungert" zu werden, wenn es die Ukraine besäße.[4] Einheimische Arbeitskräfte waren also zunächst für die nationalsozialistische Führung nur insoweit relevant, als sie in den zu erobernden Territorien die nachgefragten Produkte herstellten oder lieferten.

Der Einsatz sowjetischer Arbeiter innerhalb der deutschen Volkswirtschaft war auch nach Angriffsbeginn nicht vorgesehen. Der Diktator selbst untersagte zunächst ausdrücklich, „russische" Kriegsgefangene im Reich einzusetzen.[5] Neben der rassistischen Ideologie gegenüber den vermeintlich minderwertigen Slawen war hierfür die Überzeugung ausschlaggebend, dass das deutsche Militär den Krieg gegen die Sowjetunion in kurzer Zeit siegreich beenden könne.[6] Im Herbst 1941 war es jedoch offensichtlich, dass sich die Kampfhandlungen an der Ostfront in die Länge ziehen würden. Gleichzeitig wuchs der Bedarf der deutschen Kriegswirtschaft an Arbeitskräften immer stärker. Unter diesen Umständen wurde die bisherige Politik auf Druck der Vierjahresplanbehörde Görings, des Reichsarbeitsministeriums, des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des Oberkommandos der Wehrmacht, einzelner Wirtschaftsverbände und Rüstungsbetriebe schrittweise revidiert. Hitler genehmigte am 31. Oktober 1941 den „Großeinsatz" sowjetischer Kriegsgefangener „für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft", Göring erließ eine Woche später Richtlinien, die die Verwendung von Arbeitskräften aus der UdSSR regeln sollten.[7] Der Präzedenzfall,[8] dass Arbeitskräfte aus den be-

4 Vgl. Carl J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937–1939, München 1960, S. 384.

5 Vgl. Besprechungsniederschrift einer Sitzung im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht am 4. 7. 1941, abgedr. in: IMT, Bd. 27, Dok. 1199–PS, S. 63 f.

6 Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985, S. 134 ff.

7 Vgl. ebenda, S. 141 f. Zur Revision der Politik, die auf einen Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte in Deutschland verzichtete, vgl. ebenda, S. 137–143.

8 Bereits vorher waren allerdings landwirtschaftliche Arbeitskräfte überwiegend aus Litauen und dem ebenfalls grenznahen Bezirk Białystok über die ostpreußische Grenze gebracht worden. Vgl. Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 457 f.

setzten Ostgebieten gezielt angeworben wurden, um in kriegswirtschaftlich relevanten Unternehmen eingesetzt zu werden, trat kurz darauf ein: Paul Pleiger, Generaldirektor der Reichswerke AG „Hermann Göring" und einer der einflussreichsten Funktionsträger der Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches, erhielt die Genehmigung, 10 000–12 000 ukrainische Bergleute im deutschen Bergbau einzusetzen. Tatsächlich wurden auf dieser Basis dann jedoch lediglich 756 Arbeiter aus dem bedeutenden Kohlenrevier Kryvyj Rih für das Ruhrgebiet angeworben.[9]

Die Ukraine stand damit von Anfang an im Fokus der deutschen Politik, Arbeitskräfte aus der Sowjetunion für das Reich anzuwerben. Anderthalb Jahre nach dem Paradigmenwechsel der deutschen Führung rangierten in der deutschen Ausbeutungspolitik den okkupierten sowjetischen Territorien gegenüber die „Ostarbeiter" gleichauf mit den besonders begehrten Agrargütern. Hitler selbst bestätigte dies auf einer Konferenz mit Alfred Rosenberg, dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete: „Wir unterliegen dem harten Gesetz des Krieges; dieses Gesetz verlangt, dass wir uns aus der Ukraine Lebensmittel und Arbeitskräfte herausholen. […] Wenn drüben in der Ukraine Zwangsarbeit gefordert wird: Auch unsere deutschen Frauen müssen arbeiten, obwohl sie im Durchschnitt viel schwächlicher sind. Wenn ein bestimmtes Aufbringungs-Soll an Menschen gefordert wird: Wir können nicht warten, bis die Ukrainerinnen freiwillig kommen, denn unsere Produktion ist dringend und duldet keinen Aufschub. Die Ukrainerinnen müssen arbeiten."[10]

9 Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941 bis 1943. Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, hrsg. und eingel. von Rolf-Dieter Müller, Boppard am Rhein 1991, S. 318.

10 Abschrift eines Protokolls einer Besprechung Hitlers mit Rosenberg und Koch am 19. Mai 1943, zit. nach: Andreas Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …" Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941–1945, München 2006, S. 295.

Die Akteure der Arbeitsverwaltung

Die Ukraine war nicht nur die ökonomisch bedeutendste,[11] sondern auch die territorial größte Sowjetrepublik, die im Laufe des Zweiten Weltkriegs von Truppen der Achsenmächte komplett besetzt wurde. Gebiete an der westlichen Peripherie der Ukrainischen SSR (in den Grenzen von Juni 1941) wurden dem Generalgouvernement zugeschlagen, während im Südwesten zwischen Dnjestr und Südlichem Bug rumänische Dienststellen die „Provinz Transnistrien" errichteten.[12] Der Großteil des ukrainischen Territoriums wurde jedoch administrativ zweigeteilt: Die östlichen, frontnäheren Gebiete blieben während der gesamten Besatzungszeit unter Militärverwaltung. Westlich daran schloss sich das zivil verwaltete Reichskommissariat Ukraine (RKU) an, das bedeutende Teile des westlichen, südlichen und zentralen Raums der okkupierten Sowjetrepublik umfasste.

Entsprechend dieser Gliederung waren unterschiedliche Behörden damit beauftragt, die einheimische Bevölkerung für die Zwecke der Besatzungsmacht zur Arbeit zu mobilisieren. Im Operationsgebiet des Heeres wurden die Institutionen der territorialen Militärverwaltung tätig, also die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete („Berück") und die Kommandeure der rückwärtigen Armeegebiete („Korück"). Vor Ort wurden sie durch die Feld- und Ortskommandanturen vertreten, die insbesondere darum bemüht waren, einheimische Arbeitskräfte für ihre eigenen Bedürfnisse zu rekrutieren.[13] Zusätzlich agierte im Militärverwaltungsgebiet die Wirtschaftsorganisation Ost, eine eigenständige zivil-militärische Mischverwaltung.[14]

11 1940 wurden 68 % des Eisenerzes, 50 % der Kohle und 25 % des Getreides der Sowjetunion in der Ukrainischen SSR gefördert bzw. produziert. Vgl. Tanja Penter, Arbeiten für den Feind in der Heimat – der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine 1941–1944, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (2004) 1, S. 65–94, hier S. 65 f.

12 Gleichwohl behielten sich deutsche Behörden dort wichtige Rechte vor und waren zwischen 1941 und 1944 auf zahlreichen politischen Handlungsfeldern aktiv.

13 Vgl. z. B. Jörn Hasenclever, Wehrmacht und Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete 1941–1943, Paderborn u. a. 2010, S. 408 f.

14 Vgl. Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008, S. 65.

Der sich ab 1942 steigernden Bedeutung der Zwangsarbeiterrekrutierung entsprechend, wurde die Sondergruppe Arbeit im zentralen Lenkungsgremium, dem Wirtschaftsstab Ost, zur Chefgruppe aufgewertet.[15] Die zentralen örtlichen Organisationseinheiten der Wirtschaftsorganisation Ost, die Wirtschaftsinspektionen, waren auf der Ebene der Heeresgruppen (genauer: bei den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete) tätig.[16] Zuständig für die östliche und zentrale Ukraine war die Wirtschaftsinspektion (WI) Süd,[17] deren Aufgaben vor Ort durch verschiedene Wirtschaftskommandos wahrgenommen wurden. Zentraler Akteur der Wirtschaftsverwaltung im Süden der Ostfront war Generalmajor Hans Nagel, der bereits prägend am Aufbau der Wirtschaftsorganisation Ost beteiligt gewesen war. Er leitete die Wirtschaftsinspektion Süd ab der Vorbereitungsphase zur deutschen Sommeroffensive 1942.[18] Ende 1941 waren der WI Süd acht Wirtschaftskommandos unterstellt, von denen sechs für ukrainisches Gebiet zuständig waren.[19] Im Mai 1943 konnte die WI Süd über fünf Kommandos verfügen. Vier davon waren auf ukrainischem Territorium, das fünfte auf der Krim, die damals noch zu Russland gehörte, stationiert.[20]

Im RKU wurden auf sämtlichen Ebenen der Zivilverwaltung Abteilungen eingerichtet, die sich mit dem Bereich Arbeit beschäftigten. Einem Schreiben des Reichskommissars Erich Koch zufolge befanden sich diese im Herbst 1941 im Aufbau. Bei den Generalkommissariaten Brest-Litowsk, Schitomir und Kiew, die für die drei westlichsten Generalbezirke des RKU

15 Ursprünglich war diese innerhalb der Führungsgruppe angesiedelt gewesen. Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 297.

16 Vgl. z. B. Hartmut Schustereit, Planung und Aufbau der Wirtschaftsorganisation Ost vor dem Russlandfeldzug-Unternehmen „Barbarossa" 1940/41, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 70 (1983) 1, S. 50–70.

17 Die Wirtschaftsinspektion Süd führte von Juli bis September 1942 den Namen Wirtschaftsinspektion B, anschließend hieß sie Wirtschaftsinspektion Don-Donez. Zuletzt wurde sie im Februar 1943 wieder in Wirtschaftsinspektion Süd umbenannt. Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 42–60.

18 Zu seiner Person und Rolle vgl. ebenda, S. 7–10.

19 Vgl. ebenda, S. 47.

20 In Sumy, Charkiv, Stalino (heute: Donec'k) und Černivcy. Vgl. WI Süd, Stab I/Id an WI Stab Ost vom 1. 6. 1943, Lagebericht für Mai 1943, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ), MA 1723, Bl. 571.

zuständig waren, hatten die Arbeitsabteilungen ihren Dienst aufgenommen. Sie waren jedoch nur mit insgesamt fünf deutschen Kräften besetzt; einheimische Arbeitskräfte fanden bei den Generalkommissariaten keine Verwendung.

Zentrale Instanz der Arbeitsverwaltung vor Ort waren die Arbeitsämter, die sowohl im zivil als auch im militärisch verwalteten Gebiet eingerichtet wurden und im RKU als Dienststelle der den Generalkommissariaten unterstellten Gebietskommissariate fungierten.[21] Ursprünglich beabsichtigte die Wirtschaftsorganisation Ost, sich insbesondere in den westlichen Grenzgebieten der UdSSR auf „Dienststellen des Landes" zu stützen, „deren sich die Wirtschaftskommandos im Aufsichtswege würden bedienen können".[22] Dies stellte sich jedoch bald als unmöglich heraus. Bereits im Juli 1941 wurden in der besetzten Sowjetunion 25 Arbeitsämter mit 110 deutschen Beamten aufgebaut. Die Anzahl dieser Dienststellen steigerte sich kontinuierlich, um im Militärverwaltungsgebiet Anfang 1943 den Höchststand von 174 (bei ca. 500 in der gesamten besetzten Sowjetunion) zu erreichen. Auch als diese Zahl sich aufgrund der Gebietsverluste reduzierte, wurde das Personal zunächst weiter bis auf 674 deutsche Arbeitskräfte im Juli 1943 erhöht.[23]

Als zentrale Steuerungsinstanz der Arbeitsverwaltung wurde am 21. März 1942 die Dienststelle des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) begründet, der der Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, vorstand. Dieser sollte vor allem „die massenhafte Heranbringung von Ausländern […] nach Deutschland" organisieren und dort für deren „maximale Ausbeutung"

21 Schreiben des Reichskommissars für die Ukraine an den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete vom 23. 11. 1941, Betr. Organisation der Arbeitsverwaltung in den besetzten Ostgebieten, Archiv des US Holocaust Memorial Museum, Washington(USHMM), RG-31.002M, Reel 4 (vgl. auch Zentrales Staatsarchiv der Ukraine, Kiew, Tsentral'nyi Derzhavnyi Arkhiv Vyschykh Orhaniv Vlady Ta Upravlinnia Ukrainy, Kyiv (TsDAVO), 3206-4-6, Bl. 5 ff.). Für die Recherchen im Zentralen Staatsarchiv und die entsprechenden Dokumente danke ich Kateryna Kobchenko.

22 Ministerialdirigent Dr. Rachner, Der Arbeitseinsatz in den besetzten Ostgebieten, in: Reichsarbeitsblatt, T. V, 22 (1942) 7, S. 130–133, hier S. 130.

23 Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 299.

sorgen.[24] Gleichzeitig verloren die bestehenden administrativen und militärischen Institutionen jedoch ihre Kompetenzen nicht, was zur Ausbildung paralleler Strukturen führte. Damit schlug sich die Tendenz nationalsozialistischer Verwaltung, polykratische Entscheidungsstrukturen auszubilden, auch auf das Ressort Arbeit nieder. Vor Ort waren für den GBA die „Arbeitseinsatzkommissionen" tätig. Deren Aufgabenbereich überschnitt sich mit dem der Arbeitsämter, was wiederholte Kompetenzstreitigkeiten zur Folge hatte.[25] Sauckel war dazu befugt worden, für bestimmte Regionen eigene Beauftragte zu ernennen, die dort die Interessen seiner Dienststelle wahren sollten. Auf diese Weise gelang es ihm, ab 1943 den thüringischen Landesbauernführer, Staatsrat Rudolf Peuckert, als zentralen Akteur der Arbeitskräftepolitik in der besetzten UdSSR zu etablieren. Dieser wurde zu Sauckels Beauftragtem im RKU und leitete gleichzeitig die Hauptabteilungen Arbeit (bzw. Arbeit und Sozialverwaltung) sowohl bei der Verwaltung des Reichskommissariats als auch im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. Abgerundet wurde Peuckerts auf einer „vierfachen Personalunion" aufbauende Machtstellung, als er Anfang 1944 zusätzlich zum „Beauftragten für den Arbeitseinsatz in den (gesamten) besetzten Ostgebieten ernannt" wurde.[26]

Die Ukraine stellte den absoluten Schwerpunkt der Aktivitäten der Arbeitsverwaltung dar. Im südlichen Militärverwaltungsgebiet waren im Frühjahr und Sommer 1943 um die 45 Arbeitsämter tätig. In Abhängigkeit von der militärisch-operativen Lage gab es hier Schwankungen: Der sowjetische Vormarsch im Süden der Ostfront nach der Schlacht von Stalingrad hatte dazu geführt, dass im Winter 1942/43 elf „Arbeitseinsatzdienststellen" geschlossen worden waren.[27] Nachdem die deutschen Verbände im Frühjahr und Frühsommer 1943 ihre Positionen hatten stabilisieren können, blieb die Anzahl der Arbeitsämter konstant, während gleichzeitig die Zahl der Nebenstellen, die auf Rayonsebene eingerichtet wurden, kontinuierlich erhöht wurde: Betrug diese im Mai noch 87, so waren im Juni 109 und im Juli 1943

24 Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 153.
25 Vgl. Gerlach, Morde, S. 466.
26 Vgl. Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu …", S. 297.
27 Vgl. Lagebericht WI Süd für Februar 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 6.

118 Nebenstellen aktiv. Gleichzeitig steigerte sich auch der Einsatz deutschen Personals wie folgt:[28]

Monat	1/1943	2/1943	4/1943	5/1943	6/1943	7/1943
Dt. Kräfte	118	224	258	282	300	310

Die Ursache für die laufende Personalverstärkung lag in den Intensivierungsbemühungen übergeordneter deutscher Dienststellen. Die Forderungen nach Arbeitskräften für den „Reichseinsatz" steigerten sich ebenso wie nach solchen für den örtlichen Bedarf im Sinne der deutschen Besatzer. Aus dem gleichen Grund wurden auch immer mehr Nebenstellen eingerichtet, die den Zugriff der Okkupationsmacht auch auf der Ebene der Rayons verstärken sollten.[29]

Abgebaut wurden die Strukturen der Arbeitsverwaltung erst, als ab dem Sommer 1943 die militärische Initiative endgültig an die Rote Armee überging. Die herausragende Bedeutung der ukrainischen Industriereviere bedingte dabei, dass die sowjetische Führung den Vormarsch zunächst an der Südflanke der Ostfront forcierte. So berichtete die WI Süd, dass als Folge der sowjetischen Gegenoffensive aus dem Raum Kursk-Orel heraus für den August 1943 vier Arbeitsämter, darunter das in Charkiv, „aufgehoben bleiben".[30] Einen Monat später wurde der Verlust eines Großteils des „Restgebietes der Wi In Süd" gemeldet; die „Arbeitseinsatzverwaltung ostwärts des Dnjestr unterlag demzufolge der Auflösung".[31]

Die personelle Basis der Rekrutierungspolitik bildeten aber stets ortsansässige Kollaborateure, unabhängig davon, ob sie bei den Arbeitsämtern selbst, den Kommunalverwaltungen oder bei der einheimischen Hilfspolizei eingesetzt wurden. Bei den Arbeitsämtern waren Einheimische weit in der Überzahl: Bereits im November 1941 standen im RKU den insgesamt 20 Deutschen nicht weniger als 175 ortsansässige Beschäftigte gegenüber, davon

28 Vgl. Lageberichte WI Süd für Februar, Mai, Juni, Juli 1943, ebenda, Bl. 6, 270 und 689, und ebenda, MA 1724, Bl. 62.
29 Vgl. Gerlach, Morde, S. 450.
30 Lagebericht WI Süd für August 1943, IfZ, MA 1724, Bl. 105.
31 Lagebericht WI Süd für September 1943, ebenda, Bl. 142.

allein in Kiew 144 Personen.[32] Im gesamten Militärverwaltungsgebiet stieg die Zahl der einheimischen Mitarbeiter im Zeitraum von Januar bis Juli 1943 von 1789 auf 3177.[33] Die Gemeinde-, Stadt- und Rayonverwaltungen bestanden regelmäßig ausschließlich oder ganz überwiegend aus lokalen Kräften. Diese unteren administrativen Ebenen spielten nicht nur bei einer Rekrutierungsmethode, in deren Rahmen den Kommunen Zwangsarbeiterkontingente auferlegt wurden, die entscheidende Rolle. Bereits die Registrierung von Arbeitskräften, die die Grundlage der Tätigkeit der Arbeitsverwaltung bildete, wäre für die Besatzungsmacht eine unlösbare Aufgabe gewesen, hätten sich Einheimische nicht daran beteiligt. Eine große Anzahl sowjetischer Bürger zeigte sich zur Mitarbeit bereit, da dies neben materiellen Vorteilen (bessere Gehälter, höhere Lebensmittelrationen) auch die Möglichkeit mit sich brachte, sich selbst und Angehörige vor dem Terror der Besatzungsmacht und der Deportation nach Deutschland zur Zwangsarbeit zu schützen.[34]

Undenkbar wären die Zwangsarbeiterrekrutierungen ohne die Exekutivorgane der Besatzungsherrschaft gewesen, also zusätzlich zu den militärischen Dienststellen der Himmlersche SS- und Polizeiapparat, der auch die aus einheimischen Kollaborateuren bestehenden Milizen kontrollierte. Als im Laufe der Besatzungszeit die Rekrutierungen immer brutaler wurden, wuchs auch die Bedeutung der bewaffneten Verbände. Regelmäßig aktiv in die Deportation von Zwangsarbeitern involviert waren deutsche Schutz- und Ordnungspolizei, Gendarmerie, Sicherheitspolizei und SD, gelegentlich Polizeibataillone sowie die ukrainischen Schutzmannschaften, die zumeist das Gros des Personals stellten. Vor Ort waren oft die Dienststellen der jeweiligen Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD (KdS), der

32 Vgl. Schreiben des Reichskommissars für die Ukraine an den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete vom 23. 11. 1941, USHMM, RG-31.002M, Reel 4.
33 Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 299.
34 Weitere, hier jedoch nicht relevante Beweggründe lagen im politischen Bereich, insbesondere in einer Nähe zahlreicher Kollaborateure zu einem radikalen ukrainischen Nationalismus, wie er von der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Orhanizacija Ukrains'kych Nacionalistiv (OUN), vertreten wurde. Vgl. Markus Eikel, Arbeitsteilung und Verbrechen. Die ukrainische Lokalverwaltung unter deutscher Besatzung 1941–1944, in: Timm C. Richter (Hrsg.), Krieg und Verbrechen. Situation und Intention: Fallbeispiele, München 2006, S. 135–145, insb. S. 143 ff.

Befehlshaber der Ordnungspolizei (BdO) oder der Kommandeur der Ordnungspolizei (KdO) aktiv, die dem für die Ukraine zuständigen Höheren SS- und Polizeiführer Hans-Adolf Prützmann unterstanden.[35]

Zwangsarbeit in der Ukraine

Bereits ab Sommer 1941 begann die Besatzungsmacht damit, einheimische Arbeitskräfte für eigene Zwecke auch durch Zwang zu mobilisieren. Als Erstes waren bereits im Juli 1941 Juden betroffen, die in den besetzten Gebieten lebten. Sie wurden in Zwangsarbeiterkolonnen zusammengefasst und besonders rücksichtslos behandelt. Ihre Ermordung folgte oft in den kommenden Wochen oder Monaten. Als Nächstes gerieten Arbeitslose in das Visier der Besatzungsdienststellen, die diese vorzugsweise bei der Ernteeinbringung oder im Straßenbau einsetzten. Verweigerern wurden dabei drakonische Strafen angedroht.[36] Wurden zunächst noch häufig Orts- und Feldkommandanturen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen eigeninitiativ tätig, so schrieb im Oktober 1941 der hierfür zuständige Generalquartiermeister Eduard Wagner für den Militärverwaltungsbereich die federführende Rolle der bei den Wirtschaftsinspektionen eingerichteten Arbeitsämter fest.[37]

Schon im August 1941 hatte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine „Arbeitspflicht" für Nichtjuden im Alter zwischen 18 und 45 Jahren und einen „Arbeitszwang" für Juden zwischen 14 und 60 Jahren angeordnet. Diese Regelung wurde von der Wirtschaftsorganisation Ost übernommen und galt daher auch im Operationsgebiet.[38] Die für die Ukraine

35 Zu Beispielen für die Rolle des SS- und Polizeiapparates vgl. Markus Eikel, „Weil die Menschen fehlen." Die deutschen Zwangsarbeiterrekrutierungen und -deportationen in den besetzten Gebieten der Ukraine 1941–1944, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005) 5, S. 405–433.
36 Vgl. z. B. Pohl, Herrschaft, S. 306 f.
37 Vgl. Hasenclever, Wehrmacht, S. 318.
38 Vgl. Verordnung über die Einführung der Arbeitspflicht vom 19. 12. 1941 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 27. 8. 1942, abgedr. in: IMT, Bd. 29, Dok. 1975–PS, S. 186 ff. Zur Fehldatierung dieser Rechtsvorschrift vgl. Gerlach, Morde, S. 452, Anm. 19.

gültige Durchführungsanordnung, die Koch Anfang November 1941 erließ, legte fest, dass die Arbeitsämter über Art und Dauer der jeweiligen Dienstverpflichtung zu entscheiden hatten und hierzu auch den örtlichen Kommunen entsprechende Auflagen erteilen konnten.[39]

Die Besatzungsmacht setzte die Landeseinwohner auf vielerlei Art unter Druck, um die angeordneten Arbeitsleistungen auch tatsächlich zu erhalten. So wurde der Erwerb von Lebensmitteln vom Besitz eines Arbeitsbuchs oder einer Arbeiterkarte abhängig gemacht. Die lokale Verwaltung, Hausverwalter und Hausmeister wurden unter Androhung von Strafen angewiesen, Personen zu denunzieren, die sich ihrer Arbeitsverpflichtung zu entziehen versuchten. „Verweigerer" wurden in Zwangsarbeiterlager, oft auch als „Arbeitserziehungslager"[40] bezeichnet, eingewiesen, gelegentlich sogar von Einheiten der örtlichen Sicherheitspolizei/SD erschossen.[41] Überliefert ist ein Schreiben des Generalkommissars Kiew, in dem er noch im Januar 1942 vom örtlichen SD forderte, „schnellstens das Zwangslager zu errichten", in dem „Arbeitsuntreue" festgehalten werden sollten.[42]

Dienstverpflichtungen wurden für eine Vielzahl von Arbeiten innerhalb der Ukraine ausgesprochen, insbesondere jedoch für solche, die körperlich anstrengend, manchmal auch gefährlich waren oder an deren Durchführung die Besatzungsmacht besonderes Interesse hatte. So war für ein Funktionieren des deutschen Militärapparats die Infrastruktur im eigenen Hinterland von besonderer Bedeutung. Dementsprechend wurde eine große Zahl von Einheimischen im „Verkehrswesen (Bahn- Straßen- und Brückenbau), für die Schlamm- und Schneeräumung […], für den Ausbau von Flugplätzen, für Kraftfahrzeug-Instandsetzungswerkstätten"[43] eingesetzt. Im Winter 1941/42

39 Vgl. Erste Anordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 5. 8. 1941, USHMM, RG-31.002M, Reel 4
40 Vgl. z. B. Schreiben der WI Süd, Stab I/Id an den WI Stab Ost vom 1. 8. 1943, Lagebericht für Juli 1943, IfZ, MA 1724, Bl. 63.
41 Vgl. Schreiben des Arbeitsamts an den Stadtkommissar Kiew vom 30. 1. 1942, TsDAVO, 3206-2-185, Bl. 2; Beschluss Nr. 239 des Bürgermeisters der Stadt Kiew vom 9. 12. 1941, ebenda, 3206-2-193, Bl. 34 f.; Eikel, „Weil die Menschen fehlen", S. 409 f.
42 Schreiben des Generalkommissars an den SD vom 8. 1. 1942, TsDAVO, 3206-2-193, Bl. 17.
43 Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 301.

wurden auch Frauen mit ihren Kindern und ältere Menschen – teils unter Schlägen – zum Winterdienst gezwungen; diejenigen, die sich weigerten, wurden erschossen.[44] Der für das Hinterland der im Donezgebiet stationierten 17. deutschen Armee zuständige Korück 550 ordnete an, männliche und weibliche Zivilisten „gegebenenfalls unter Anwendung schärfster Strafmaßnahmen" zur Straßeninstandhaltung heranzuziehen. Das der 17. Armee unterstellte XXXIV. Armeekorps zwang Einheimische sogar dazu, Minen auszulegen.[45]

Größtes Infrastrukturvorhaben in der besetzten Ukraine war der Bau der Durchgangsstraße IV (DG IV). Diese sollte ab Anfang 1942 die strategisch wichtige Nachschublinie L'viv-Ternopil'–Vinnycja–Kirovohrad–Dnipropetrovsk und weiter in Richtung Kaukasus erschließen. Prützmann wurde mit der Gesamtleitung des Projekts betraut, für das sich SS und Organisation Todt die Verantwortlichkeit teilten. Rekrutiert und bewacht wurden die Arbeitskräfte von der „Polizeisicherungsabteilung DG IV". Diese war innerhalb des Himmlerschen Apparats gebildet worden und wurde von in Schutzmannschafts-Bataillonen organisierten Kollaborateuren unterstützt, die überwiegend aus der Ukraine und aus dem Baltikum stammten.[46] Im Jahre 1942 mussten neben 10 000 Juden und 50 000 Kriegsgefangenen auch 50 000 Zwangsarbeiter aus der örtlichen Bevölkerung die Straße bauen.[47] Noch im Frühjahr 1943 meldete die WI Süd bei der DG IV einen „Gesamtbedarf von 16 000 Mann, von denen bisher 12 000 gestellt werden konnten".[48] Die ukrainischen Zivilisten waren mobilisiert worden, indem SS- und Polizeidienststellen sämtlichen Gemeinden, die sich innerhalb eines Korridors von 50 km um den geplanten Verlauf der Trasse befanden, unter Strafandrohungen Zahlen von zu stellenden Arbeitern auferlegt hatten. Gleich-

44 Vgl. Pohl, Herrschaft, S. 307.
45 Vgl. Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 241 f.
46 Vgl. Hermann Kaienburg, Jüdische Arbeitslager an der „Straße der SS", in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts 11 (1996) 1, S. 13–39, hier S. 20 ff.; Andrej Angrick, Forced Labour along the „Straße der SS", in: Forced and Slave Labour in Nazi-Dominated Europe, hrsg. vom USHMM, Center for Advanced Holocaust Studies, Washington 2004, S. 83–93, hier S. 83 ff.
47 Vgl. Kaienburg, Jüdische Arbeitslager, S. 25.
48 Lagebericht WI Süd für April 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 491.

zeitig durften aus diesem Raum keine Arbeitskräfte zum „Reichseinsatz" abgezogen werden. Auf diese Weise gelang es, einen Großteil der vor Ort verfügbaren arbeitsfähigen Bevölkerung zum Bau der Straße zu zwingen. Insgesamt war das Los der einheimischen Zwangsarbeiter nicht so hart wie das der in Lagern untergebrachten Kriegsgefangenen oder gar der Juden, die später größtenteils ermordet wurden. Die ortsansässigen Ukrainer konnten immerhin jeden Tag an ihren Wohnsitz zurückkehren. Sie wurden nach Akkord bezahlt und erhielten gelegentlich zusätzlich bestimmte Mengen an knappen Gütern wie Tabak, Zucker oder Textilien zugeteilt. Trotzdem forderten die ihnen auferlegten harten Arbeitsbedingungen Todesopfer.[49]

Auch innerhalb der besetzten Gebiete kam es zu erzwungenen „Arbeitskräfteumverteilungen":[50] So plante das RKU im Frühjahr in den wichtigen Agrargebieten der Südukraine mehrere hunderttausend „Wanderarbeiter" aus städtischen Gebieten einzusetzen. Tatsächlich wurden in diesem Zusammenhang etwa 50 000 Bewohner Kiews deportiert.[51]

Im Laufe des Jahres 1942 verstärkte sich der Druck auf die einheimischen Arbeitskräfte. Die deutschen Behörden bemühten sich darum, in der besetzten Ukraine eine rüstungsrelevante Produktion aufzubauen, während gleichzeitig immer höhere Anforderungen nach Arbeitern für den Einsatz im Deutschen Reich gestellt wurden. Zudem waren zahlreiche jüdische Arbeiter bereits ermordet worden. In vielen Fällen konkurrierten nun die Bedarfsträger vor Ort mit den Werbekommissionen Sauckels, die vor allem daran interessiert waren, möglichst viele arbeitsfähige Menschen nach Deutschland zu verschleppen. So konnte sich beispielsweise die mächtige Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mbH Ost mit ihrer Forderung durchsetzen, einen Anwerbestopp für die Beschäftigten der von ihr kontrollierten Manganindustrie von Nikopol' zu verhängen.[52]

49 Vgl. Angrick, Forced Labour, S. 87.

50 Vgl. Christian Gerlach, Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, S. 193–207, hier S. 199.

51 Vgl. Karel C. Berkhoff, Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under Nazi Rule, Cambridge/London 2004, S. 264 f.; Eikel, „Weil die Menschen fehlen", S. 420.

52 Vgl. Matthias Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941–1944), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973) 3, S. 254–284, hier S. 266; Tanja Penter, Zwangsarbeit im Donbass unter stalinistischer und nationalsozialistischer Herrschaft, 1929 bis 1953, in: Hans-Christoph Seidel/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts. Bewältigung und vergleichende Aspekte, Essen 2007, S. 227–252, hier S. 246 f.

Die Verknappung des Angebots an Arbeitskräften führte zu verstärkten Mobilisierungsanstrengungen. Dies wirkte sich in einer Eskalation gewaltsamer Maßnahmen gegen Personen aus, die sich der Arbeit für die Besatzer verweigerten. Diese Bestrebungen schlugen sich auch in einer im Februar 1943 ergangenen Verordnung nieder, die die „Arbeitspflicht" im Militärverwaltungsgebiet auf Männer und Frauen zwischen der Vollendung des 14. und des 65. Lebensjahrs ausdehnte. Die Möglichkeiten zur freien Arbeitsplatzwahl wurden deutlich beschnitten, während die Durchführungsbestimmungen es neben den Feld- und Ortskommandanturen auch den Arbeitsämtern zugestanden, Arbeitnehmer mit der „Einweisung in ein Arbeitserziehungslager" zu bestrafen.[53] Generell versuchten deutsche Dienststellen, Leistungssteigerungen unter anderem dadurch zu erreichen, dass immer rigoroser gegen disziplinarische Verstöße vorgegangen wurde.

In den Monaten vor der Rückeroberung weiter Teile der Ukraine durch die Rote Armee machten Wehrmachtsdienststellen besonders exzessiv von der Möglichkeit Gebrauch, einheimische Zwangsarbeiter für militärische Zwecke einzusetzen. Um den sowjetischen Vormarsch im Winter 1942/43 abzuwehren, rechnete die WI Don-Donez mit einem Bedarf von 50 000 Schanzarbeitern allein im Januar 1943 in ihrem Zuständigkeitsbereich.[54] Im Frühjahr 1943 stellte das Wirtschaftskommando 15 in dem hart umkämpften Charkiv einen „Zusatzbedarf von 25 000 Arbeitskräften" fest, der „bis auf 7215 abgedeckt werden" konnte. Allein die Armeeabteilung Kempf forderte 10 000 Personen zum Bau einer „Rundum-Befestigung" um die ostukrainische Großstadt. Gleichzeitig wurden jedoch in Sumy durch das Wirtschaftskommando 103 „für eine Torfstichaktion [...] 4000 Kräfte im Einvernehmen mit den Gebiets- und Kreislandwirten und der Werbekom-

53 Vgl. Verordnung über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz im Operationsgebiet der neu besetzten Ostgebiete vom 6. 2. 1943 sowie Durchführungsbestimmungen, BArch-MA Freiburg, RH 24–29, Nr. 149, auch abgedr. in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, Anl. 63 und 64, S. 499–512.

54 Vgl. Lagebericht WI Don-Donez für Januar 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 10.

mission […] gestellt".[55] In den kommenden Monaten erreichte die Mobilisierung der einheimischen Bevölkerung für den Bau von Stellungen und Befestigungen im militärisch verwalteten Teil der Ukraine ihren Höhepunkt. Im Juni 1943 wurden zu diesem Zweck nicht weniger als 210 000 Arbeitskräfte eingesetzt.[56]

Die Zwangsarbeiterdeportationen ins Deutsche Reich

Als die deutsche Führung sich dazu entschloss, in großem Stil Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion ins Reich zu verschleppen, schienen die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Ukraine zunächst hierfür günstig: Auf ihrem Rückzug hatten sowjetische Dienststellen zahlreiche Industrieanlagen entweder demontiert oder zerstört bzw. durch Zerstörung oder Abtransport einzelner Bestandteile unbrauchbar gemacht. In der Eisenindustrie des Dnjeprbogens waren beispielsweise bei der Eroberung durch deutsche Verbände von ursprünglich 26 500 Elektromotoren nur mehr 2500 vorhanden,[57] was den Großteil der Betriebe lahmlegte. Sprengungen und Brände, die entweder von sowjetischen Einheiten gelegt oder als Folge der Kampfhandlungen ausgebrochen waren, hatten mit zur Zerstörung von Wirtschaft und Infrastruktur beigetragen. Als Folge herrschte in den Monaten nach dem deutschen Einmarsch in den besetzten Ostgebieten eine hohe Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig war jedoch ein Großteil der wehrfähigen Männer zur Roten Armee eingezogen und zusätzlich mindestens zehn Millionen Menschen, vor allem Verwaltungsfunktionäre und Fachleute aller Art, evakuiert worden. Zahlreiche Bewohner der westlichen UdSSR hatten zudem auf eigene Initiative die Flucht vor den Besatzern angetreten. Im Donbass waren etwa 80 Prozent der ungelernten, jedoch nur etwa 30 Prozent der Facharbeiter vor Ort geblieben.[58] Daher gab der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabs Ost an, dass auf dem Arbeitsmarkt der „besetzten Ostgebiete große Menschenreserven für den Einsatz im Reich zur Verfügung ständen".[59] Die Arbeitslosigkeit war ein Hauptproblem der Arbeitsverwaltung,[60] folglich war davon auszugehen, dass ohne allzu großen Druck zahlreiche Arbeiter für den Einsatz im Deutschen Reich angeworben werden konnten. In diesem Zusammenhang kann der Begriff der Freiwilligkeit allerdings nur unter starken Vorbehalten verwendet werden, da viele Menschen sich lediglich bei den Werbern meldeten, um den elenden Lebensbedingungen in ihrer Heimat, die von Hunger, Mangel an sämtlichen lebensnotwendigen Gütern, medizinischer Unterversorgung und dem allgegenwärtigen Terror der Besatzer geprägt waren. Arbeitslosen ließen die Besatzungsbehörden entweder keinerlei Lebensmittel oder nur völlig unzureichende Zuteilungen zukommen. So erhielten Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis standen, Ende 1941 im Zuständigkeitsbereich der 17. Armee lediglich 100 Gramm Weizen täglich zugeteilt.[61] Von welcher Art die Freiwilligkeit der Einheimischen unter diesen Bedingungen war, sprach ein späterer Lagebericht der WI Süd relativ offen an: „In Charkow macht die Zerstörung von Wohnhäusern und Fabriken die Bevölkerung für die Werbung empfänglicher."[62] Es gibt Hinweise darauf, dass in Einzelfällen Personen, die die nationalsozialistische Vernichtungspolitik besonders zu fürchten hatten – wie Juden oder sowjetische Funktionäre – versuchten, sich unter Angabe einer falschen Identität den Zwangsarbeitertransporten anzuschließen.[63] Gelang dies, so dürfte die Lebensgefahr für die betreffenden Menschen im Reich tatsächlich geringer gewesen sein als in der deutsch besetzten Sowjetunion.

55 Lagebericht WI Süd für Mai 1943, ebenda, Bl. 571.
56 Vgl. Lagebericht WI Süd für Juni 1943, ebenda, Bl. 692.
57 Vgl. Josef Werpup, Ziele und Praxis der deutschen Kriegswirtschaft in der Sowjetunion, 1941 bis 1944, dargestellt an einzelnen Industriezweigen, Bremen 1992, S. 66.
58 Vgl. Riedel, Bergbau, S. 252.

59 Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 318.
60 Vgl. Gerlach, Morde, S. 453.
61 Vgl. Oldenburg, Ideologie, S. 231 f.
62 Lagebericht WI Süd für März 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 125. In Charkiv war es bereits, nachdem die Stadt Ende Oktober 1941 zum ersten Mal von deutschen Truppen eingenommen worden war, zu einer massiven Hungersnot gekommen. Anfang 1943 wechselte die ostukrainische Metropole zweimal den Besitzer; dementsprechend waren die Kriegszerstörungen besonders hoch.
63 So hätten in Kiew „mehrere Dolmetscher", die „vom Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew" zur „sicherheitspolizeilichen Überprüfung der angewor-

Zu Beginn der Besatzung glaubten zahlreiche Ukrainer die ihnen gemachten Versprechungen, in Deutschland würden ihnen gute Arbeitsbedingungen gewährt werden, während ihre zurückgebliebenen Angehörigen daheim ausreichend versorgt würden. Insbesondere in den Städten stießen die von einer entsprechenden Propaganda begleiteten Werbekampagnen daher durchaus auf Interesse. Für Kiew ist ein Einzelfall überliefert, in dem sich auf einen Aufruf des Generalkommissars hin 1800 Arbeiter meldeten, von denen einige Hundert zurückgewiesen wurden.[64]

Auch aus dem rumänisch besetzten Transnistrien versuchten deutsche Dienststellen, Arbeiter für den Einsatz im Deutschen Reich anzuwerben. Dass während der gesamten Besatzungszeit zahlreiche deutsche Behörden in Transnistrien tätig waren, erleichterte zunächst die Arbeit der „Anwerbekommission Odessa". Diese wurde nach der Eroberung der südwestukrainischen Großstadt zunächst wohl eigenmächtig tätig. Ein Veto des transnistrischen Gouverneurs Alexandru Alexianu unterband jedoch schließlich bereits im Frühjahr 1942 die Aktion. Die Deutschen verbrachten die ca. 800 bereits registrierten Arbeiter zwar noch ins Reich, weitere derartige Aktivitäten fanden jedoch nicht mehr statt.[65]

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wandelte sich im Laufe des Jahres 1942 grundlegend: So setzte die Besatzungsmacht angesichts des sich in die Länge ziehenden Krieges immer mehr rüstungsrelevante Betriebe wieder in Gang. Die ursprüngliche Entindustrialisierungspolitik wurde ebenso abgewandelt wie das Hungerkonzept, das nun verstärkt Bevölkerungsgruppen

benen Arbeiter" eingesetzt wurden, „50 komm. Funktionäre, Aktivisten und Juden" festgestellt, von deren Ermordung auszugehen ist. Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Kiew für April 1942, TsDAVO, 3676-4-475, Bl. 15.

64 Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 159.

65 Vgl. Alexander Dallin, Odessa 1941–1944. A Case Study of Soviet Territory under Foreign Rule, 2. Aufl., Iaşi/Oxford/ Portland 1998, S. 214. In einem Schreiben vom 3. Mai 1942, in dem der Leiter der Kommission dem Gouverneur die Beendigung der Aktivitäten seines Gremiums mitteilt, bedankt er sich gleichzeitig für dessen „gütige Erlaubnis", dank derer die „Anwerbung von Russen" durchgeführt werden konnte. Vgl. Schreiben des Regierungsrats H. Donnerhack, Leiter der Anwerbekommission Odessa, an den königlich rumänischen Zivilgouverneur von Transnistrien, Minister Alexianu, vom 3. 5. 1942, USHMM, RG-31.004M, Reel 2.

traf, auf die die Besatzungsmacht verzichten zu können glaubte oder die aus ideologischen Gründen unerwünscht waren, wie beispielweise Juden.[66] Im Juni 1943 standen offiziellen Angaben zufolge im Zuständigkeitsbereich der WI Süd 125 489 Arbeitsuchende 89 724 offenen Stellen gegenüber.[67] Zusätzlich zu den sinkenden Arbeitslosenzahlen wirkten sich die äußerst negativen Nachrichten aus, die von den nach Deutschland gebrachten Arbeitern in die Ukraine durchdrangen. Charakteristisch für das Leben der „Ostarbeiter" im Reich waren die Unterbringung in „mit Stacheldraht abgeschlossene[n] Arbeitslager[n], ungenügende Verpflegung, Mangel an warmer Kleidung, geringe Entlohnung, schlechte Behandlung",[68] außerdem „überlange Arbeitszeiten […], mangelnde ärztliche Behandlung, […] Diffamierungen, Misshandlungen".[69] Aus nichtigen Gründen wurden die verschleppten Menschen hart bestraft, oft getötet. Besonders brutal war die Behandlung von Frauen, die in Deutschland schwanger wurden, sowie ihrer Kinder. Ukrainer, die zumeist aus gesundheitlichen Gründen wieder zurückkehren durften, sowie die nur unzulänglich zensierten Briefe der Arbeiter legten Zeugnis von den Verhältnissen ab, unter denen die Betroffenen zu leben hatten.[70] Hinzu kam, dass die Unterstützungszahlungen für die daheim gebliebenen Familien in aller Regel völlig unzureichend waren.[71] Die Besatzungsdienststellen versuchten, durch Propaganda dem verheerenden Ruf entgegenzuwirken, unter dem die Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reich bald standen. So wurden bei der WI Süd „laufend" fingierte, „positive" Briefe „aus dem Reich

66 Zu den Rüstungsprogrammen vgl. z. B. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 198–209. Zum Wandel der wirtschaftlichen Ausbeutungspolitik vgl. Gerlach, Morde, S. 371–448.

67 Vgl. Lagebericht WI Süd für Juni 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 692.

68 Zusammenfassung der Schilderungen aus Briefen von „Ostarbeitern", Lagebericht WI Don-Donez für Januar 1943, ebenda, Bl. 6.

69 Herbert, Fremdarbeiter, S. 288.

70 Vgl. ebenda, S. 247–250 und 287.

71 Eine Quelle spricht von lediglich „130 Rubel monatlich je Familie, unabhängig von der Kopfzahl". Ein Kilogramm Butter oder Öl kostete auf dem Schwarzmarkt oft das Vielfache dieses Betrages. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Nr. 21 vom 18. 9. 1942, BArch Berlin, R 58, Nr. 222, Bl. 65–93, hier Bl. 81; Penter, Arbeiten für den Feind, S. 79 f. Herzlichen Dank an Karsten Linne für die Quellen aus dem Bundesarchiv, die er mir zur Verfügung stellte.

in sämtlichen Zeitungen des Inspektionsbereiches veröffentlicht“[72] und ehemalige „Ostarbeiter“ auf öffentliche Veranstaltungen gesandt, die die Situation der verschleppten Menschen in Deutschland in den rosigsten Farben zu schildern hatten.[73] Der Leiter der Wirtschaftsinspektion Süd Nagel pries in einer Rede, die er zum 1. Mai 1943 vor Arbeitern der Schwerindustrie in Stalino hielt, den Arbeitseinsatz in Deutschland geradezu als Mittel der Völkerverständigung: „Durch diese Arbeit in Deutschland erweitern Eure Kameraden ihren Gesichtskreis und erlernen auch deutsche Arbeitsmethoden. Aber nicht nur das! Sie sehen die schöne deutsche Heimat, den blauen Rhein und unsere alten Burgen und Städte. Bei Ihrer Arbeit in Deutschland lernen Sie auch das deutsche Volk kennen und das deutsche Volk lernt Euch kennen. Dadurch werden die Völker einander näher gebracht und das gegenseitige Verständnis und Vertrauen erhöht.“[74] Tanja Penter wies darauf hin, dass die Motive der deutschen Mobilisierungspropaganda sich an denen orientierten, die die Sowjetmacht während der 1930er-Jahre verwendet hatte.[75]

Diese Anstrengungen konnten jedoch nichts daran ändern, dass sich im Laufe des Jahres 1942 immer weniger Arbeitskräfte „freiwillig“ meldeten. Die Lageberichte für Anfang 1943 vermeldeten schließlich durchweg, dass den Werbemaßnahmen zu diesem Zeitpunkt „kaum“ noch „Erfolg“ beschieden war, wofür „die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen eine Anwerbung zur Arbeit im Reich“[76] verantwortlich sei. Es spielte bereits eine Rolle, dass spätestens seit der Schlacht von Stalingrad viele Menschen nicht

72 Lagebericht WI Don-Donez für Januar 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 6 (Zitate ebenda); Lagebericht WI Süd für April 1943, ebenda, Bl. 488.

73 Z. B. „23 Ostarbeiter treffen aus dem Reich kommend zum propagandistischen Einsatz im Inspektionsgebiet ein. Aufteilung: 10 für Charkow, 4 für Stalino …“. Kriegstagebuch (KTB) WI Süd, Nr. 7 vom 1. April–30. Juni 1943, Eintrag für den 18. 5. 1943, ebenda, Bl. 278.

74 Rede des Generals zum 1. Mai 1943, gehalten am 30. April, KTB WI Süd, Nr. 7, Anlagenband 1, ebenda, Bl. 398.

75 Vgl. Penter, Zwangsarbeit, S. 248.

76 Lagebericht WI Don-Donez für Januar 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 6; im März hieß es, dass „freiwillige Meldungen […] in nennenswertem Umfang nicht mehr zu erreichen seien“. Lagebericht WI Süd für März 1943, ebenda, Bl. 125.

mehr an einen deutschen Sieg glaubten und fürchteten, von sowjetischen Behörden nach deren Rückkehr für eine Zusammenarbeit mit den Deutschen bestraft zu werden.

Bereits von Beginn der „Ostarbeiter“-Rekrutierung an hatte die nationalsozialistische Führung jedoch auch auf Gewalt gesetzt. Aus Rassedünkel hielt sie es für grundsätzlich unangebracht, Arbeiter der besetzten Gebiete zu hofieren. Unter diesen Umständen etablierte sich bereits in der ersten Jahreshälfte 1942 in der Ukraine ein System, das auf „Werbekampagne, Unterstützungszahlungen [für die daheim gebliebenen Angehörigen] und Terror“[77] beruhte.

Ab Mitte April 1942 ging die Zahl der „freiwilligen“ Meldungen kontinuierlich zurück. Gleichzeitig erhöhte der kurz vorher zum GBA ernannte Sauckel das Anforderungssoll für die besetzten Ostgebiete. Noch im Februar 1942 hatte der vorher zuständige Leiter der Chefgruppe Arbeit in der Vierjahresplanbehörde, Werner Mansfeld, für die gesamte besetzte UdSSR 627 000 Arbeitskräfte gefordert, von denen die Ukraine mit 290 000 Land- und 180 000 Industriearbeitern den Löwenanteil tragen sollte.[78] Sauckel verdreifachte das Soll,[79] wobei allein aus dem Generalbezirk Kiew 360 000 Menschen ins Deutsche Reich gebracht werden sollten. Im Oktober 1942 wurden nochmals bis Jahresende 225 000 und bis Mai 1943 die gleiche Zahl allein aus dem Reichskommissariat Ukraine verlangt. Erneut in die Höhe getrieben wurden die Forderungen im März 1943, als nun täglich 3000 Arbeiter aus dem RKU und 1000 Kräfte aus dem Zuständigkeitsbereich der WI Süd aufgebracht werden sollten – Vorgaben, die ab April verdoppelt wurden.[80] Um die geforderte Anzahl von Arbeitern zu erreichen, wandten deut-

77 So Göring im Januar 1942, zit. nach: Herbert, Fremdarbeiter, S. 157 f.

78 Vgl. Eikel, „Weil die Menschen fehlen“, S. 412 f.

79 Die Werbung sei „durch alle geeigneten Maßnahmen, nötigenfalls durch schärfste Anwendung der Arbeitspflicht, so zu fördern, dass in kürzester Frist das Anwerbeergebnis v e r d r e i f a c h t [Hervorhebung im Original] werden kann“. Fernschreiben von Sauckel an Reichskommissar Koch vom 2. 4. 1942, TsDAVO, 3206-2-6, Bl. 1.

80 Vgl. hierzu Fernspruch des Chefs des WI Stabs Ost an den Inspekteur der WI Süd vom 11. 3. 1943, abgedr. in: Verbrecherische Ziele – Verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR, hrsg. von G. F. Sastawenko u. a., Moskau 1963, Anl. Nr. 113, S. 301 f.

sche Dienststellen ein Umlageverfahren an: Den errechneten Bedarf legten übergeordnete Instanzen auf die regionalen Verwaltungseinheiten vor Ort um, die dann innerhalb einer vorgegebenen Frist die entsprechende Zahl von Zwangsarbeitern auszuheben hatten. Beispielsweise forderte Sauckel Anfang September 1942 zusätzlich 500 000 Ukrainerinnen, die als Haushaltshelferinnen in Deutschland eingesetzt werden sollten. Das Wirtschaftskommando Charkow hatte 2000 Personen und jedes Dorf unter seiner Zuständigkeit drei Arbeiterinnen zu stellen.[81] Auf der unteren Ebene mussten dies die Kommunalverwaltungen und die im Besatzungsgebiet vorhandenen Exekutivkräfte, zumeist die einheimische Hilfspolizei und die sie führenden deutschen Dienststellen des Himmlerschen Polizeiapparates, umsetzen. Rayonchefs, Bürgermeister und Dorfälteste (Staroste) wurden einem beträchtlichen Druck ausgesetzt, die ihnen auferlegten Quoten zu erfüllen. Gelegentlich wurden sie sogar mit der Todesstrafe bedroht, falls sie aus Sicht der ihnen vorgesetzten deutschen Dienststellen versagten.[82] Feld- und Ortskommandanturen waren z. T. ebenfalls aktiv beteiligt. Diese bewachten und organisierten Transporte; ein Befehl des Generalquartiermeisters Wagner vom 10. Mai 1942 band sie in die Rekrutierungsmaßnahmen der Werbekommissionen des GBA ein.[83]

Um die hohen und sich ständig steigernden Vorgaben erreichen zu können, wandte der Besatzungsapparat zunehmend Gewalt an. Die Lokalverwaltungen hatten Listen zu erstellen, auf denen die zu deportierenden Personen erfasst wurden. Meldeten sie sich nicht bei den vorgeschriebenen Sammelstellen, so wurden sie zwangsweise vorgeführt. So waren beim Arbeitsamt in Nižyn, das dem in Černihiv angesiedelten Wirtschaftskommando 104 zugehörte, „täglich 3–400 Zwangsvorführungen keine Seltenheit".[84] Von Personen, die zur Deportation vorgesehen, aber geflohen waren, wurden – soweit vorhanden – Haus und Hof beschlagnahmt, gelegentlich auch angezündet. Die Angehörigen Flüchtiger hatten ebenfalls Strafen zu befürchten.

81 Vgl. Eikel, „Weil die Menschen fehlen", S. 416.
82 Vgl. Berkhoff, Harvest, S. 261.
83 Vgl. Oldenburg, Ideologie, S. 243.
84 Schreiben des WI Süd, Stab I/Id an den WI Stab Ost, Lagebericht für Juli 1943, IfZ, MA 1724, Bl. 62.

Der für Vasyl'kiv zuständige Gebietskommissar Paul Raab rechtfertigte die „Maßnahme des Niederbrennens von Häusern" damit, dass dies „in einem Geheimschreiben des Herrn Reichskommissars für den Arbeitseinsatz ausdrücklich als Zwangsmaßnahme vorgeschlagen" worden sei.[85] Fritz Müller, Gebietskommissar von Kremenec', schilderte eine derartige Aktion: „Um den deutschen Verwaltungsbefehlen Achtung zu verschaffen, begab sich der Unterzeichnete selbst in die für die Arbeiteraushebung bestimmten Rayons und führte 3 Tage lang die Arbeiteraushebung mit einem Sonderkommando, bestehend aus 11 Deutschen und 20 Schutzmannschaften[,] durch. In den Dörfern wurden fast nur alte Leute angetroffen. Arbeitsfähige Personen hatten die Ortschaft bei der Kunde von der Ankunft des Sonderkommandos fluchtartig verlassen. Erst als in den verschiedenen Rayons 25 Häuser niedergebrannt wurden, gelang es, die Zuführung von Arbeitskräften nach den Sammelpunkten sicherzustellen."[86] Häufig wurden auch Angehörige so lange als Geiseln festgehalten, bis sich arbeitspflichtige Personen stellten, oder es wurden Arbeitskräfte durch das „3.-Mann-Abzählen" gewonnen.[87]

Konnte das von örtlichen Dienststellen geforderte Soll auch mit diesen Methoden nicht erfüllt werden, ging die Okkupationsmacht zu unterschiedsloser Deportation zufällig angetroffener Personen über. So arteten die Rekrutierungsmaßnahmen in die häufig beschriebenen „Menschenjagden" aus.[88] Deutsche Polizei und einheimische Kollaborateure führten Razzien und nächtliche Hausdurchsuchungen durch, bei denen oft sämtliche Arbeitsfähige in den Haushalten, inklusive Gästen oder Mütter, die kleine Kinder

85 Schreiben von Paul Raab an Rosenberg vom 7. 6. 1944, abgedr. in: Verbrecherische Ziele, Anl. Nr. 122, S. 324–327.
86 Abschrift eines Schreibens des Gebietskommissars in Kremianez, Regierungsrat Fritz Müller, an den Generalkommissar für Wolhynien und Podolien, Abt. II b/d, vom 12. 10. 1942, BArch Berlin, R 6, Nr. 79, Bl. 1 f., hier Bl. 1.
87 Dabei wurde die Bevölkerung eines Dorfes zusammengetrieben und abgezählt. Vgl. Abschrift eines Schreibens des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew, SS-Obersturmbannführer Erich Ehrlinger, an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die Ukraine, SS-Gruppenführer Max Thomas, vom 19. 12. 1942, BArch Berlin, R 70 Sowjetunion, Nr. 17, unpag.
88 Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Kiew für Juli und August 1942, TsDAVO, 3676-4-476, Bl. 260.

hatten, mitgenommen wurden. Bewaffnete Kräfte umstellten ganze Dörfer, Märkte, Kinos, Theater, Badestrände, sogar Kirchen und durchkämmten diese anschließend. Dabei wurden die für arbeitsfähig befundenen Menschen häufig geschlagen, auf Flüchtende wurde geschossen. Die Unglücklichen, die eingefangen wurden, versandten die zuständigen Dienststellen oft unter Misshandlungen, ohne ausreichende Ausrüstung und Verpflegung und ohne Benachrichtigung ihrer nächsten Verwandten nach Deutschland.[89] Offen sprach in diesem Zusammenhang ein deutscher Bericht von einer „Fangaktion" [Anführungsstriche im Original], die „für die Stadt Kiew vorbereitet" würde und „mit Hilfe von starken Polizeikräften durchgeführt werden" sollte.[90] Aufgrund der personellen Schwäche der deutschen Sicherheitskräfte verbuchte die Besatzungsmacht zahlreiche dieser Aktivitäten jedoch als Fehlschläge. So vermerkt eine Quelle, dass bei „eine[r] Großrazzia im Stadtviertel Podol […] der Erfolg in keinem Verhältnis zum Kräfteaufgebot stand". Als Ausweg verlegte man sich auf „eine Anzahl kleinerer Razzien […], die nur geringe Kräfte zur Überprüfung erforderten".[91]

Nagels Instruktionen zufolge sollten bei der Wirtschaftsinspektion Süd lediglich „Hilfswillige" im Dienst der Wehrmacht, „Schlüsselkräfte der Metallindustrie", „Fachkräfte der Landwirtschaft" und „bei der Reichsbahn und im Bergbau Beschäftigte" von den Deportationen ausgenommen werden.[92] Relativ sicher konnten sich außerdem Personen fühlen, die der Besatzungsmacht in den bewaffneten Verbänden oder in der Verwaltung dienten. Gleiches galt für deren Angehörige. Der enorme Druck, unter dem die Zwangsarbeitermobilisierung betrieben wurde, gefährdete jedoch zunehmend auch diese Gruppen: Im Laufe des Jahres 1943 begannen die Wirtschaftsdienststellen, verstärkt Betriebe und Behörden nach Beschäftigten zu durchkämmen, die aus ihrer Sicht entbehrlich schienen. Insbesondere sollten jüngere

89 Zu den „Menschenjagden" vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 256 f.; Berkhoff, Harvest, S. 259–264; Wendy Lower, Nazi Empire-building and the Holocaust in the Ukraine, Chapel Hill 2005, S. 123 ff.

90 Lagebericht WI Süd für Februar 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 86.

91 Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Kiew für Juli und August 1942, TsDAVO, 3676-4-476, Bl. 403.

92 KTB WI Süd, Nr. 7 vom 1. April–30. Juni 1943, Anlagenband 1, IfZ, MA 1723, Bl. 364.

Arbeitskräfte durch „ältere und ortsgebundene"[93] ersetzt werden. Am 14. April 1943 wurde in Stalino durch die WI Süd eine „Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes" gebildet, deren Zweck es war, „nicht zweckmäßig eingesetzte oder überzählige Arbeitskräfte" für die „Reichswerbung" freizusetzen.[94] Als Ergebnis der vorgenommenen Betriebsprüfungen wurden im Juni 1943 bei 39 Betrieben der Schwerindustrie im Donezbecken zwar nur 851, bei der Stadtverwaltung Stalino allein jedoch 1000 Arbeitskräfte „freigemacht". In weit größerem Umfang wurde zahlreichen Unternehmen der angemeldete Arbeitskräftebedarf gestrichen oder gekürzt.[95]

Ab dem Frühjahr 1943 ging die deutsche Verwaltung auf Initiative Sauckels[96] dazu über, ganze Geburtsjahrgänge zum Dienst nach Deutschland zu verpflichten. Scheinlegale Grundlage derartiger Verfügungen war die „Verordnung über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz" vom Februar des gleichen Jahres. Insbesondere die Durchführungsbestimmungen zu diesem Regelwerk erwähnten ausdrücklich den Einsatz in Deutschland als eine Möglichkeit, der Arbeitsverpflichtung nachzukommen.[97] Koch ordnete Mitte März 1943 an, „schnellstens alle einheimischen Landesbewohner der Geburtsjahrgänge 1923 bis 1925 beiderlei Geschlechtes heranzuziehen". Im Lande sollten nur Personen bleiben dürfen, denen dies von den Behörden ausdrücklich gestattet worden waren. Zusätzlich zu den genannten Jahrgängen sollten noch die 1922 Geborenen „namentlich und listenmäßig mit genauer Ortsangabe und getrennt nach Männern und Frauen" erfasst werden. Der Reichskommissar mahnte nochmals an, die einheimischen Rayonchefs und Staroste bei Ver-

93 Derartige Maßnahmen bezeichnete die WI Süd als „Verfeinerung des Arbeitseinsatzes". Vgl. Lagebericht WI Süd für März 1943, ebenda, Bl. 158.

94 KTB WI Süd, Nr. 7 vom 1. April–30. Juni 1943, Anlagenband 1, ebenda, Bl. 367.

95 Die Kürzung betraf über 5000 Kräfte. Vgl. Lagebericht WI Süd für Juni 1943, ebenda, Bl. 691.

96 Vgl. Penter, Arbeiten für den Feind, S. 75.

97 „Dabei entspricht es, wie in §1 Abs. 2 vorgesehen, den Erfordernissen des totalen Krieges, dass die Arbeitsleistung auf Grund der Arbeitspflicht nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Operationsgebietes ohne räumliche Einschränkung verlangt werden kann." Verordnung über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz im Operationsgebiet der neu besetzten Ostgebiete vom 6. 2. 1943 sowie Durchführungsbestimmungen, S. 1, BArch-MA Freiburg, RH 24–29, Nr. 149.

stößen „mit aller Härte zur Rechenschaft zu ziehen“.[98] Nagel befahl ungefähr gleichzeitig für den Zuständigkeitsbereich der WI Süd ähnliche Maßnahmen. Diese variierten jedoch entsprechend der „unterschiedlichen Arbeitseinsatzlage“ vor Ort: So wurden „in den Bereichen der Wi Kdos [Wirtschaftskommandos] Charkow, Tschernigow und Sumy alle männlichen Angehörigen der Jahrgänge 1923–1925, im Bereich des Wi Kdo Stalino jedoch nur die weiblichen Jahrgänge 1924–1925 aufgerufen“.[99] Im April 1943 entfielen bei der WI Süd allerdings nur 2300 von den insgesamt 15 568 Arbeitern, die ins Deutsche Reich geschickt wurden, auf die „jahrgangsweise Aushebung“.[100] Die entsprechende Zahl steigerte sich im Mai immerhin auf 15 691 von 29 163.[101] Bis Juni wurden insgesamt 118 677 Personen gemustert, von denen 51 734 „für das Reich verpflichtet“[102] worden waren. Die Mobilisierungskampagne war damit insgesamt für die Repräsentanten der Besatzungsmacht enttäuschend verlaufen, da viele Menschen, die den aufgerufenen Jahrgängen angehörten, die Flucht der Zwangsarbeit vorgezogen hatten. Außerdem waren bereits zahlreiche Arbeitsfähige deportiert worden oder standen innerhalb der besetzten Ukraine im Dienst der Okkupationsmacht. Nicht zuletzt hatten die erbärmlichen Lebensbedingungen in der deutsch besetzten UdSSR dazu beigetragen, dass zahlreiche Personen aus gesundheitlichen Gründen als nicht einsatzfähig erachtet wurden.[103] Das Ergebnis der „jahrgangsweisen Aushebung“ in Kiew war aus deutscher Sicht „niederschmetternd“, da lediglich 676 Zwangsarbeiter rekrutiert werden konnten.[104] Im August 1943 begann die

98 Schreiben des Reichskommissars für die Ukraine an die Generalkommissare vom 20. 3. 1943, TsDAVO, 3206-2-185, Bl. 4.
99 Lagebericht WI Süd für April 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 488.
100 Vgl. ebenda, Bl. 491.
101 Für den Bereich von lediglich vier Wirtschaftskommandos. Vgl. Lagebericht WI Süd für Mai 1943, ebenda, Bl. 570.
102 Vgl. Lagebericht WI Süd für Juni 1943, ebenda, Bl. 691.
103 Unter anderem grassierten Tuberkulose, Fleckfieber und Malaria. In manchen Fällen überstieg die Anzahl der Kranken allein die der Personen, die als „reichseinsatzfähig“ beurteilt wurden. Vgl. Lagebericht WI Süd für April 1943, ebenda, Bl. 491.
104 Vgl. Abschrift eines Schreibens des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die Ukraine, SS-Gruppenführer Max Thomas, vom Juli 1943, BArch Berlin, R 70 Sowjetunion, Nr. 17, unpag.

Wirtschaftsinspektion Süd mit der Mobilisierung der Jahrgänge 1926 und 1927.[105] Der sowjetische Vormarsch nach der Schlacht im Kursker Bogen dürfte jedoch zumindest einen Teil dieser Jugendlichen vor dem Schicksal bewahrt haben, nach Deutschland verschleppt zu werden.

Bereits im Jahr 1942 hatten die deutschen Sicherheitskräfte damit begonnen, in Form großangelegter Operationen gegen die Partisanen vorzugehen, die inzwischen viele ländliche Gebiete kontrollierten. Ab 1943 wurden mit diesen „Großunternehmen“ auch wirtschaftliche Ziele verfolgt. Insbesondere landwirtschaftliche Produkte aus den betroffenen Gebieten wurden abtransportiert, die dort wohnenden Zivilisten, oft im Familienverband, zur Zwangsarbeit deportiert. Personen, die als nicht arbeitsfähig eingestuft wurden, wurden häufig ermordet.[106] Räumlicher Schwerpunkt derartiger Aktionen war Weißrussland; manche davon trafen jedoch auch ukrainisches Territorium. So führten beispielsweise im Mai und Juni des Jahres 1943 unter anderem die SS-Kavalleriedivision, die Einsatzgruppe D und die 454. Sicherungsdivision im südlichen Polesje das Unternehmen „Weichsel“ durch, von dem auch der Norden des Generalkommissariats Schitomir betroffen war. Insgesamt wurden dabei 18 860 Menschen in die Zwangsarbeit abgeführt.[107] Die WI Süd gab an, dass im März 1943 ein Großteil der vom Wirtschaftskommando Sumy eingebrachten 8000 Arbeitskräfte aus „Bandengebiete[n]“ stammten, die „durch die Armee evakuiert“ worden seien. Gleichzeitig beschwerte man sich jedoch darüber, dass im Bezirk Černihiv „umfangreiche Vergeltungsmaßnahmen des SD“ zum „Verlust wertvoller Arbeitskraft“ geführt hätten.[108] Hinter dieser Formulierung verbargen sich die Massaker, die Einheiten des SS- und Polizeiapparates oder der Wehrmacht bei den Großunternehmen verübten. Allein bei der Operation „Weichsel“ wurden über 4000 Einheimische getötet, überwiegend Zivilisten, die am Partisanenkrieg unbeteiligt waren.[109]

105 Vgl. Lagebericht WI Süd für August 1943, IfZ, MA 1724, Bl. 105.
106 Vgl. dazu grundsätzlich: Gerlach, Morde, S. 884–1010.
107 Außerdem wurden 21 000 Stück Vieh erbeutet. Vgl. ebenda, S. 902 und 1019 f.
108 Lagebericht WI Süd für März 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 126.
109 Vgl. Gerlach, Morde, S. 902 und 1019 f.

Im Laufe des deutschen Rückzugs gerieten ab dem Winter 1942/43 zunehmend die Flüchtlinge, die in großer Anzahl – teils erzwungen, teils freiwillig – die Kampfgebiete verließen, in den Fokus der deutschen Arbeitseinsatzpolitik. Verstärkt wurden solche im Besatzungsapparat bereits vorhandene Tendenzen, als Hitler im Februar 1943 die Evakuierung von Zivilisten befahl, um sie später als Arbeitskräfte einzusetzen.[110] Im Zusammenhang mit der Räumung des Kaukasus und südrussischer Territorien gerieten etwa 150 000 Menschen aus diesen Gebieten in den Zuständigkeitsbereich der WI Süd. Etwa einem Drittel von ihnen gelang es, auf dem Weg zu „versicker[n]",[111] während die anderen von deutschen Dienststellen nach Arbeitsfähigkeit selektiert wurden. Viele Flüchtlinge wurden über Melitopol' geschleust, wo „Hilfswillige und für einen Einsatz im Reich geeignete Kräfte erfasst" und in Auffanglager in Zaporižžija, Chortyzja und Džankoj gebracht wurden, um dann entweder nach Deutschland transportiert oder den örtlichen Dienststellen zur Verfügung gestellt zu werden.[112]

In den nächsten Monaten versuchten die Besatzungsbehörden, die Ausbeutung der Flüchtlingsströme vor allem durch eine verstärkte Zusammenarbeit zu optimieren.[113] Zu großangelegten Zwangsevakuierungen kam es, als ab Sommer 1943 große Teile der östlichen und zentralen Ukraine geräumt wurden. Aus Charkiv konnten Anfang August 4500 Manschen abtransportiert werden. Aus dem Gebiet Stalino wurden „1000 Zwangsevakuierte im Ostarbeiter-Sammellager […] untergebracht und zum Teil Reichstransporten zugeteilt". Insgesamt zeigte sich die WI Süd über die Ergebnisse der Rekrutierungen aus der Ostukraine enttäuscht. Verantwortlich dafür, dass die Zahlen teilweise hinter den Erwartungen zurückblieben, war neben dem schnellen Vormarsch der Roten Armee das Fehlen der „notwendigen militärischen oder Polizeikräfte". Außerdem „entzog sich" die Bevölkerung massiv „dem Rücktransport".[114] Als das Gebiet östlich des Dnjepr aufgegeben wurde,

110 Vgl. Eikel, „Weil die Menschen fehlen", S. 418.
111 Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 326.
112 Vgl. Lageberichte WI Süd für Februar und März 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 86 und 126 (Zitat Bl. 86).
113 Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 327 ff.
114 Lagebericht WI Süd für August 1943, IfZ, MA 1724, Bl. 105 f.

gelangten deutschen Schätzungen zufolge etwa 400 000 Flüchtlinge über den Strom, von denen „rund 1/3 als arbeitsfähig anzusehen" waren.[115] Bis zum Frühjahr 1944 konnten sowjetische Verbände auch den überwiegenden Teil des Reichskommissariats Ukraine zurückerobern. Mehrere Zehntausend Flüchtlinge wurden in Durchgangslager in Ostungarn gebracht, während weiter südlich die rumänische Gendarmerie zahlreiche Menschen, die in ihren Machtbereich geflohen waren, deutschen Dienststellen auslieferte.[116] Aus Transnistrien, das sowjetische Truppen bis April 1944 ebenfalls komplett einnahmen, wurden, auch „mit Rücksicht auf die politischen Auswirkungen",[117] nur wenige Personen evakuiert. Insgesamt wurden „aus dem Südraum" der besetzten Sowjetunion im ersten Vierteljahr 1944 nochmals „141 157 Ostarbeiter für den Reichseinsatz"[118] mobilisiert, was einen beträchtlichen Teil der in diesem Zeitraum nach Deutschland verschleppten Arbeitskräfte ausmachte.

Der Zielkonflikt zwischen dem Bestreben, möglichst viele Menschen im Besatzungsgebiet selbst für ihre Zwecke arbeiten zu lassen und dem, sie im Reichsgebiet zur Zwangsarbeit einzusetzen, konnte aus Sicht der Besatzungsmacht nie befriedigend gelöst werden. So kam es verschiedentlich zu Reibereien zwischen dem regionalen Okkupationsapparat und der Zentralbehörde Sauckels, die primär an Arbeitern für das Reich interessiert war. Derartige Konflikte deuteten sich bereits im Frühjahr 1942 an.[119] Regionale Militärbefehlshaber versuchten später mehrfach, ihren Zuständigkeitsbereich für die „Reichswerbung" sperren zu lassen.[120] Solche Initiativen waren jedoch nur begrenzt erfolgreich, da Sauckel Zugang zu Hitler hatte und im

115 Lagebericht WI Süd für September 1943, ebenda, Bl. 143.
116 Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 330.
117 KTB Armeeoberkommando 6, Nr. 11 vom 16.–31. März 1944, Eintrag für 19. 3. 1944, BArch-MA Freiburg, RH 20–6, Nr. 835/. 3, Bl. 98. Transnistrien befand sich zwar bereits wieder unter deutscher Militärverwaltung, deutsche Dienststellen wollten aber Irritationen beim rumänischen Bündnispartner vermeiden.
118 Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 331.
119 Vgl. Bericht des Gauleiters Sauckel über seine Reise in die Sowjet-Ukraine vom 26. 5.–31. 5. 1942, BArch Berlin, R 3901, Nr. 20029, Bl. 25–30.
120 Zu erwähnen sind hier Initiativen des Befehlshabers des Rückwärtigen Heeresgebiets Süd, General Erich Friderici. Vgl. Hasenclever, Wehrmacht, S. 325–338.

Sinne der von ihm vertretenen Interessen bei dem Diktator intervenierte.[121] Die Vorbehalte der Wehrmachtsbefehlshaber entsprangen allerdings regelmäßig nicht humanitären Erwägungen, sondern militärischem Zweckdenken.[122] Im Allgemeinen arbeiteten die unterschiedlichsten deutschen Dienststellen jedoch effizient zusammen. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Arbeitseinsatzkommissionen und Arbeitsämtern konnten durch den Aufbau gemeinsamer Organisationsstrukturen entschärft werden.[123] Die sehr weitgehende Ausnutzung der Flüchtlingsströme zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern in der Südukraine wurde durch eine enge Kooperation von „Arbeitsämtern, [militärischem] Flüchtlingsstab A und Arbeitseinsatzstäben des G. B. A."[124] in den Auffanglagern erreicht.

Innerhalb des Reichskommissariats Ukraine wurden die meisten Zwangsarbeiter für den „Reichseinsatz" ab April 1942 aus Stadt und Generalkommissariat Kiew rekrutiert. Einem deutschen Lagebericht zufolge waren allein bis Anfang Mai „aus Kiew insgesamt 26 193 Personen zum Arbeitseinsatz ins Reich abtransportiert worden".[125] Bis zum Jahresende 1942 waren eine halbe Million Menschen aus dem RKU nach Deutschland gebracht worden.[126] Aus der Stadt Kiew sollen bis September 1942 11,1 Prozent, aus dem Generalbezirk bis Mitte des nächsten Jahres 9,7 Prozent der dort noch lebenden Menschen deportiert worden sein.[127] Besonders viele Arbeiter wurden im Frühjahr und Sommer 1942 aus der Ukraine verschleppt, im Zuständigkeitsbereich der WI Süd 118 523 im Mai und 131 404 im Juni.

121 Z. B. Schreiben von Sauckel an Hitler vom 10. 3. 1943, abgedr. IMT, Bd. 26, Dok. 407 (II)-PS, S. 2 ff.
122 Vgl. Hasenclever, Wehrmacht, S. 338.
123 Vgl. Gerlach, Morde, S. 466.
124 Lagebericht WI Süd für Februar 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 86.
125 Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Kiew für April 1942, TsDAVO, 3676-4-475, Bl. 13.
126 Vgl. Eikel, „Weil die Menschen fehlen", S. 406 und 413.
127 Vgl. Niederschrift über die anlässlich des Besuches von Gauleiter Sauckel am 12. 8. 1942 stattgefundene Arbeitstagung im Generalkommissariat Kiew, BArch Berlin, R 70 Sowjetunion, Nr. 17, unpag.; Abschrift eines Schreibens des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die Ukraine, SS-Gruppenführer Max Thomas, vom Juli 1943, ebenda.

Zu diesem Zeitpunkt fand die Besatzungsmacht noch ein ausreichendes Arbeitskräftereservoir vor, dessen sie sich mittels Zwangsmaßnahmen bedienen konnte. Es gab außerdem auch noch freiwillige Meldungen. Später waren diese Möglichkeiten ausgeschöpft, es entstand ein erhöhter Bedarf im Lande durch eine teilweise Wiederinbetriebnahme von Wirtschaftsunternehmen. Der Einsatz Einheimischer vor Ort verstärkte sich massiv, als im Laufe des Jahres 1943 die Ukraine wieder zum Hauptkriegsschauplatz wurde. Einen nochmaligen Anstieg der Rekrutierungszahlen gab es um die Jahreswende 1944 infolge der Zwangsevakuierungen. Allein im Februar und März 1944 wurde die Zahl von jeweils 56 000 Menschen monatlich bei der WI Süd nochmals überschritten.[128] Insgesamt stammten rund 2,1 der rund drei Millionen Zwangsarbeiter aus der besetzten Sowjetunion aus der Ukraine, was diese zum eindeutigen Hauptrekrutierungsgebiet machte.[129] Über die Hälfte der Deportierten waren Frauen; das Durchschnittsalter der verschleppten Menschen war niedrig. Gelegentlich wurden sogar Kinder nach Deutschland gebracht, so im Mai 1943 aus dem Flüchtlingslager Džankoj auch „7 Kinder unter 12 Jahren".[130]

Strategien zur Vermeidung der Deportation nach Deutschland

Nur ein unwesentlicher Anteil der ins Deutsche Reich gebrachten Arbeitskräfte ging mehr oder weniger freiwillig. Der massive Druck, den die Okkupationsmacht auf die Bevölkerung ausübte, um Arbeiter rekrutieren zu können, galt als einer der Hauptgründe dafür, dass sich die Stimmung der

128 Vgl. Gesamt- und Einzelergebnisse der Arbeitseinsatzwerbung des Wirtschaftsstabes Ost für den Einsatz im Reich (Januar 1942 – Juni1944), in: Die deutsche Wirtschaftspolitik, Anl. 73, S. 549 f. Ein Jahr später konnte die WI Süd trotz brutaler Rekrutierungsmethoden nur einen Bruchteil dieser Zahlen erreichen, nämlich im Mai 1943 21 271 und im Juni 11 770 Arbeiter. Vgl. Lageberichte WI Süd für Mai und Juni 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 571 und 692.
129 Vgl. Penter, Arbeiten für den Feind, S. 71. Etwas niedrigere Zahlen der insgesamt Deportierten bei Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Russland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958, Anhang-Tabelle II, S. 465.
130 Lagebericht WI Süd für Mai 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 571.

Einheimischen gegenüber den Besatzern massiv verschlechterte.[131] Immer mehr Menschen versuchten, sich dem Zugriff der Arbeitsverwaltung zu entziehen. Eine innerhalb des Besatzungssystems „legale" Möglichkeit bestand darin, „in kriegswichtigen Betrieben unterzukommen".[132] Da solche Stellen jedoch nicht ohne Weiteres zu bekommen waren, verfielen viele Menschen darauf, Krankheiten vorzutäuschen oder gar zu verursachen. So wurden verschiedene hautreizende Mittel wie Essig, Soda oder bestimmte pflanzliche Substanzen aufgetragen, um den Anschein zu erwecken, der Betreffende habe Krätze. Auch mit aus Tabakblättern zubereitetem „Tee" oder durch das Rauchen von Teeblättern wurden Krankheitssymptome erzeugt. Selbstverletzungen und Selbstverstümmelungen wurden zeitweise in manchen ukrainischen Gebieten zu einem Massenphänomen. Da dabei auch Finger, Zehen oder Füße abgeschnitten wurden und die Wunden sich entzündeten, endete dies manchmal tödlich.[133]

Andere Methoden setzten bei den einheimischen Beschäftigten der Lokalverwaltungen oder der Hilfspolizei an. Gute Beziehungen zu diesen konnten beispielsweise verhindern, dass man auf eine Deportationsliste gelangte. Ebenso waren Bestechungen an der Tagesordnung: Zahlreiche Kollaborateure gingen darauf ein, wenn ihnen Geld, Gold, Fremdwährungen, knappe Güter wie Lebensmittel, Alkohol, Kleidung oder auch sexuelle Dienstleistungen angeboten wurden.[134] Die den Deportationen vorgeschalteten Musterungen der potenziellen Arbeiter mussten regelmäßig von ortsansässigen Ärzten durchgeführt werden. Manche von ihnen erklärten, teils aus Altruismus, teils gegen Bestechungsgelder, Gesunde für krank. Begehrt und teuer waren gefälschte Dokumente, beispielsweise Arbeitskarten oder Ausweise, die ein falsches Geburtsdatum enthielten.[135]

Um den Razzien zu entgehen, hielten sich viele Menschen so häufig als möglich außerhalb ihres gewohnten Lebensumfelds auf. Diese Situation beschreibt ein deutscher Lagebericht: „Um sich der Musterung zu entziehen, verlassen die Dienstpflichtigen vielfach ihre bisherigen Arbeitsstätten und Wohnungen. Zuweilen verschwinden ganze Familien, um dem Rückgriff auf Angehörige zu entgehen."[136] Werbern, die im Bezirk Luc'k in Dörfer eindrangen, erschienen diese „fast völlig leer",[137] da die Bevölkerung in die Wälder geflohen war.

131 Vgl. z. B. Hasenclever, Wehrmacht, S. 325.

132 Lagebericht WI Süd für Juni 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 689.

133 Vgl. Berkhoff, Harvest, S. 268 f.; Penter, Arbeiten für den Feind, S. 75.

134 Vgl. Lagebericht WI Süd für Mai 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 570; Berkhoff, Harvest, S. 268 f.; Hasenclever, Wehrmacht, S. 326.

135 Vgl. Berkhoff, Harvest, S. 270 f.

Riskant war die Flucht während der Razzien, auf dem Marsch zum Sammelpunkt oder während des Eisenbahntransports, da die Bewacher oft auf Fliehende schossen. Trotzdem gelang es zahlreichen Personen zu entkommen. Einem deutschen Bericht zufolge waren „vom 2. Februar 1943 bis zum 20. März 1943 […] von in Kiew verladenen 15 900 einsatzfähigen Personen 4047, also mehr als 25 Prozent, entwichen".[138] Aus einzelnen Transporten flohen über die Hälfte der Deportierten.[139]

Die vermutlich konsequenteste Art, sich der Deportation zu entziehen, bestand jedoch im aktiven Widerstand. So floh eine große Anzahl insbesondere jüngerer Menschen zu den sowjetischen Partisanen oder schloss sich den bewaffneten ukrainisch-nationalistischen Verbänden der Orhanizacija Ukrains'kych Nacionalistiv (OUN) bzw. deren militärischem Arm Ukrayins'ka Povstans'ka Armiya (UPA) an.[140] Die Nationalisten hatten beim Angriff auf die Sowjetunion mit den Deutschen kollaboriert, führten ab

136 Lagebericht WI Süd für Mai 1943, IfZ, MA 1723, Bl. 570.

137 Zit. nach: Eikel, „Weil die Menschen fehlen", S. 414.

138 Eine der Ursachen sah der Bericht darin, dass die Deportierten von Urlaubern bewacht wurden, die wenig Interesse an dieser Aufgabe hatten. Vgl. Bericht von SS-Obersturmbannführer Erich Ehrlinger vom 25. 3. 1943, teilw. abgedr. in: Martin Pabst (Hrsg.), Karteimäßig erfasst, polizeilich gemeldet, abwehrmäßig überprüft und zum Einsatz gebracht. Das Fremdarbeiterlager Daspig bei Leuna 1939 bis 1945. Dokumente und Augenzeugenberichte, Halle (Saale) 2003, S. 52 f.

139 „So wurde bekannt, dass von einem nach dem Reich abgefertigten Transport, der mit 628 Personen besetzt war, auf der Fahrt etwa 300 Personen in der Nähe von Fastow entwichen sind." Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Kiew für Juli und August 1942, TsDAVO, 3676-4-476, Bl. 406.

140 In der Diktion deutscher Berichte flohen sie „zu den Banden". Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Nr. 47 vom 26. 3. 1943, BArch Berlin, R 58, Nr. 224, Bl. 52–71, hier Bl. 63 VS.

1942 aber einen „begrenzten Krieg“[141] gegen die Besatzer. Dazu gehörte es auch, gezielt die Infrastruktur der Okkupationsmacht zu zerstören, um das Sammeln und den Abtransport der Zwangsarbeiter zu verhindern.

Zusammenfassung

Entgegen den ursprünglichen Planungen entwickelte sich die Massenmobilisierung von Arbeitskräften, um diese teils in den besetzten Gebieten, teils in Deutschland einzusetzen, zu einem Kernpunkt deutscher Ausbeutungspolitik in den Okkupationsgebieten der UdSSR. Die Ukraine stellte dabei das Hauptrekrutierungsgebiet für Zwangsarbeiter dar. Über einen Vorrang des „Reichseinsatzes“ oder der Verwendung von Arbeitskräften in der Ukraine selbst wurde nie eindeutig entschieden, da beides für die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches bzw. das Funktionieren der Besatzungsherrschaft von eminenter Bedeutung war.

Auseinandersetzungen innerhalb des Besatzungsapparates hemmten dessen Effizienz nicht wesentlich. Auch im Fall der Zwangsarbeiterrekrutierungen führten polykratische Strukturen, unklare Aufgaben- und Kompetenzverteilungen nicht dazu, dass die Besatzungsherrschaft an Wirksamkeit verlor. Vielmehr war der Zusammenhalt zwischen den einzelnen Akteuren stark genug, um eine gegenseitige Blockade zu verhindern und die in der Ukraine vorhandenen Arbeitskräfte rücksichtslos zu mobilisieren. Dass dabei immer wieder höhere Entscheidungsebenen des nationalsozialistischen Staates in Schiedsrichterfunktion eingeschaltet wurden, lag durchaus im Interesse der Führung, laufende Prozesse bestimmend beeinflussen zu können.

141 Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, 2. Aufl., München 1997, S. 374.

Abkürzungsverzeichnis

AEL	Arbeitserziehungslager
AIPN	Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej, Warszawa
AJ	Arhiv Jugoslavije, Beograd
AJDC	American Joint Distribution Committee
AN	Akta niemieckich władz, instytucji i osób z czasów okupacji hitlerowskiej – zbiór szczątków zespołów
APK	Archiwum Państwowe w Krakowie
APKat	Archiwum Państwowe w Katowicach
APL	Archiwum Państwowe w Łodzi
APP	Archiwum Państwowe w Poznaniu
APR	Archiwum Państwowe w Radomiu
APRz	Archiwum Państwowe w Rzeszowie
Aso	Abteilung Arbeitspolitik und Sozialverwaltung im RKO
AŻIH	Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie
BArch	Bundesarchiv
BArch-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg
BdO	Befehlshaber der Ordnungspolizei
Berück	Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DG	Durchgangsstraße
DVL	Deutsche Volksliste
ERA	Estonia Rahvusarhiiv, Tallinn
EWZ	Einwandererzentralstelle
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GG	Generalgouvernement
GK	Generalkommissar(iat)
HA	Hauptabteilung
HASAG	Hugo Schneider AG
HGW	Reichswerke „Hermann Göring“
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HStA	Hauptstaatsarchiv

IfZ	Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München
IMG	Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg
IMT	Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Nuremberg
KdO	Kommandeur der Ordnungspolizei
KdS	Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
Korück	Kommandeur des rückwärtigen Armeegebiets
KTB	Kriegstagebuch
LA	Landesarchiv
LCVA	Lietuvos centrinis valstybės archyvas, Vilnius
LVVA	Latvijas Valsts vēstures arhivs, Riga
MHP	Ministerstvo hospodářství a práce, Minister für Wirtschaft und Arbeit (Protektorat Böhmen und Mähren)
MWA	Minister für Wirtschaft und Arbeit (Protektorat Böhmen und Mähren)
NDH	Nezavisna Država Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatien)
NTN	Najwyższy Trybunał Narodowy
NV	Novo vreme
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OUN	Orhanizacija Ukrains'kych Nacionalistiv
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
PB	Proces Bühlera
PG	Proces Greisera
RABl.	Reichsarbeitsblatt
RAM	Reichsarbeitsministerium
RAVSIGUR	Verwaltung für öffentliche Ordnung und Sicherheit beim Innenministerium des NDH
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RKO	Reichskommissariat Ostland
RKU	Reichskommissariat Ukraine
RMfdbO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
ŘP	Říšský protektor, Reichsprotektor
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt der SS
SD	Sicherheitsdienst der SS
Sipo	Sicherheitspolizei
SKMr	Starosta Miasta Krakowa
SS	Schutzstaffel
SSPF	SS- und Polizeiführer
StA	Staatsarchiv
STUAG	Straßen- und Tiefbauunternehmung AG
SÚA	Státní ústřední archiv v Praze
TsDAVO	Tsentral'nyi Derzhavnyi Arkhiv Vyschykh Orhaniv Vlady Ta Upravlinnia Ukrainy, Kyiv
UNS	Ustaša-Überwachungsdienst